



# GREENPEACE

Neue Staatsregierung:

## Staatswald und Jagd im Wirtschaftsministerium – drohen schwere Zeiten für Bayerns Wälder?

**Umweltverbände befürchten eine einseitige Ausrichtung des Staatswaldes auf rein wirtschaftliche Interessen, Gemeinwohlfunktionen der Staatswälder sind in Gefahr. Politischer Kuhhandel geht auf Kosten des dringend nötigen Waldumbaus. Jagdquoten müssen zugunsten der Waldverjüngung erhöht werden. Gefahr von Erdrutschen und Muren erhöht sich.**

Der BUND Naturschutz in Bayern und Greenpeace Bayern blicken mit großer Sorge auf den neuen Ressortzuschnitt der Bayerischen Staatsregierung. „Dass die Staatsforsten und die Jagd nun im Zuständigkeitsbereich des Wirtschafts- und Energieministeriums und damit von Hobbyjäger Hubert Aiwanger liegen, ist mindestens kurios, im schlimmsten Fall fatal für die Zukunft unserer bayerischen Wälder“, so der BN-Vorsitzende **Richard Mergner**. „Wir befürchten, dass die Staatsforsten in Zukunft mehr denn je wirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden und der Holzeinschlag weiter intensiviert wird. Dabei erfüllt der Wald auch unersetzliche Gemeinwohlleistungen wie Hochwasserschutz, Klimaschutz, Bodenschutz und Schutz der Biodiversität, die nicht unter die Räder kommen dürfen. Die Zuständigkeitsverlagerung stellt eine gefährliche Zäsur in der bayerischen Natur- und Umweltpolitik dar!“

**Stefan Krug**, Leiter des Greenpeace Landesbüros Bayern, erklärt: „Der Koalitionsvertrag lässt nichts Gutes für den Klima- und Naturschutz in Bayern erwarten. Statt mehr wertvolle Laubwälder unter Schutz zu stellen, erteilt die Koalition nicht nur einem dritten Nationalpark, sondern weiteren Umweltschutzauflagen und geschützten Naturwäldern pauschal eine Absage. Beim Klimaschutz werden großspurige Fernziele wiederholt, ohne sie mit Etappenzielen und Maßnahmen konkret zu machen. Wenn tatsächlich 1.000 neue Windanlagen bis 2030 stehen sollen, müssten jedes Jahr rund 140 gebaut werden, in diesem Jahr waren es bisher ganze sechs. Den sträflich versäumten Windkraftausbau darf Aiwanger jetzt nicht einseitig in Bayerns Staatswälder verlagern.“

Der BN-Ehrenvorsitzende **Hubert Weiger** betont: „Die Ziele für die Jagd dürfen nicht verwässert

werden. Das Waldverjüngungsziel und der Grundsatz ‚Wald vor Wild‘ müssen gestärkt und konsequenter umgesetzt werden, nur dann kann die auf großen Flächen notwendige natürliche Waldverjüngung erreicht werden. Im Angesicht der Klimakrise haben klimaresiliente Baumarten wie Eichen, Tannen und Buchen nur eine Überlebenschance, wenn sie ohne Verbiss durch Rehe, Hirsche oder Gämse hochwachsen können.“

BN und Greenpeace unterstreichen, wie wichtig der Schutz und Erhalt der Wälder insbesondere im Alpengebiet ist. Schon jetzt gibt es durch die von der Klimakrise verursachten Starkregenereignisse vermehrt Erdrutsche und Muren. Riesige Kahlflächen, wie es sie schon heute beispielsweise im Frankenwald auf Tausenden von Hektar gibt, wären eine enorme Gefahr für die bewohnten Tallagen und für die Infrastruktur. Abgesehen von diesen Gefahren für die Bevölkerung wird die wichtige Erholungs- und Tourismusfunktion der Bergwälder massiv gestört.

Für Rückfragen:

Felix Hälbich,  
Pressesprecher, Referent für Medien und Kommunikation  
Tel.: 089 / 514 697 611; 0171 / 337 54 59  
E-Mail: [felix.haelbich@bund-naturschutz.de](mailto:felix.haelbich@bund-naturschutz.de)

Sabine Beck,  
Pressesprecherin Greenpeace Landesbüro Bayern  
Tel.: 0151 / 106 67 012  
E-Mail: [sabine.beck@greenpeace.org](mailto:sabine.beck@greenpeace.org)